



P R E S S E M I T T E I L U N G

21.09.2016 Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Arbeitgeberverbände in Mecklenburg-Vorpommern begrüßen rot-schwarze Koalitionsentscheidung

- **Neues Regierungsbündnis muss Standortpotenziale besser nutzen**
- **Land braucht ein ambitioniertes Industrie- und Standortansiedlungsprogramm**
- **Löhne und Tarifbindung sind alleinige Angelegenheit der Sozialpartner**

Schwerin | 21. September 2016. Die Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern (VUMV) begrüßt die Entscheidung der SPD, weiter mit dem jetzigen Regierungspartner CDU zusammenzuarbeiten. „Eine vernünftige Entscheidung, die eine stabile Mehrheit im Landtag ermöglicht und zugleich die Chance bietet, wichtige Herausforderung in der neuen Legislatur zu bewältigen“, erklärte VUMV-Hauptgeschäftsführer Nico Fickinger. „Es freut uns, dass die große Koalition ihre Arbeit fortsetzen kann.“ Diese müsse in den kommenden Jahren aber mit mehr Schwung als bisher die Standortpotenziale im Land nutzen. Es gelte, mehr Industrieansiedlungen zu fördern, dadurch die wirtschaftliche Basis des Landes zu verbreitern und so auch den Aufbau guter, zukunftsträchtiger Arbeitsplätze zu unterstützen.

„Das Verarbeitende Gewerbe ist mit einem Anteil von nur zehn Prozent am hiesigen Bruttosozialprodukt unterdurchschnittlich ausgeprägt. Noch dominieren Wirtschaftsbereiche, die wenig technologie- und exportorientiert sind und daher nur eine geringe Hebelwirkung auf die gesamte Bruttowertschöpfung ausüben. Von der Produktivitätsdynamik und den Impulsen industrieller Fertigung würden dagegen alle vor- und nachgelagerten Branchen und alle Unternehmensgrößen profitieren – vom Handwerksbetrieb bis zum Großunternehmen. Das Land braucht deshalb dringend ein ambitioniertes Programm zur Industrieansiedlung und Standortförderung. Das dafür notwendige Tempo kann nur eine starke Koalition vorgeben“, erklärte VUMV-Hauptgeschäftsführer Fickinger weiter.

Zugleich appellierte Fickinger an die Koalitionäre, in ihren Verhandlungen nicht dem Irrglauben zu erliegen, die Politik sei für die Arbeits- und

Einkommensbedingungen zuständig. "Das Grundgesetz gibt den Sozialpartnern hier ein eindeutiges Mandat: Es ist allein Aufgabe der Arbeitgeber und Gewerkschaften, durch eine innovative, flexible Tarifpolitik, die Produktivität und Lebenshaltungskosten im Blick behält und Standortvorteile bewahrt, für eine höhere Tarifbindung zu sorgen. Die Politik kann dies durch ein Programm zur Industrieansiedlung und Standortförderung unterstützen - hier ist durchaus noch Luft nach oben", so der VUMV-Hauptgeschäftsführer. "Das ständige Gerede vom vermeintlichen ‚Lohnkeller‘ ist dagegen wenig hilfreich, zumal es Ursache und Wirkung verwechselt: Ein attraktiver Standort mit starken Unternehmen und qualifizierten Mitarbeitern ist Voraussetzung für attraktive Löhne, nicht umgekehrt."

Die Vereinigung der Unternehmensverbände hat ihre Erwartungen an die neue Landesregierung bereits Ende Juli in einem Positionspapier zusammengefasst und in fünf Forderungen gegliedert: Privatwirtschaft und Standort stärken, unternehmerisches Handeln erleichtern, Fachkräftenachwuchs sichern, Arbeitsmarktdynamik erhöhen und Tarifautonomie respektieren. Der vollständige Forderungskatalog steht auf der Website der Vereinigung als Download zur Verfügung: www.vumv.de

Die **VUMV** ist die Dachorganisation von 32 Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden in Mecklenburg-Vorpommern und zugleich Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA).

Die Mitgliedsverbände der VUMV repräsentieren mit ihren circa 5.000 Mitgliedsunternehmen und etwa 200.000 Arbeitnehmern knapp 50 Prozent aller Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern ab einer Größe von 10 Mitarbeitern.

Kontakt für Nachfragen:

Jens Matschenz

Tel: +49 385 6356 100

matschenz@vumv.de

<http://www.vumv.de>

<https://twitter.com/VUMV>

<http://www.facebook.com/VUMV.de>